

Darmstadt links

ZEITUNG FÜR EINE SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND DEMOKRATISCHE STADT



Kein Geld für den Fahrschein? Also Knast!?

Die Haftstrafe ist das härteste Mittel, das dem Rechtsstaat zur Verfügung steht. Aber nicht nur Menschen, die wegen Raub, Mord oder Totschlag verurteilt wurden, sitzen im Gefängnis.

Jährlich kommen auch 7.000 Menschen ins Gefängnis, die sich ein Ticket für Bus und Bahn nicht leisten können. Denn das Fahren ohne Fahrschein gilt in Deutschland als Straftat.

Aber wie läuft das genau ab?

Wenn ein Mensch ohne Fahrschein erwischt wird und das erhöhte Beförderungsentgelt in Höhe von 60 Euro nicht direkt bezahlen kann, dann werden seine Personalien aufgenommen. In Darmstadt stellt dann die HEAG mobilo nach der zweiten solchen Feststellung einen Strafantrag, allein 288 im Jahr 2023. In Folge davon werden Geldstrafen ausgesprochen. Können diese nicht beglichen werden, erfolgt eine Umrechnung in Tagessätze. Und

die Anzahl Tage muss eine Person dann in Gefängnis.

Gleichzeitig werden die Personalien der Personen nicht erfasst, die das erhöhte Beförderungsentgelt direkt vor Ort im Fahrzeug begleichen können. Ihnen drohen somit auch kein Strafantrag und folglich keine Haftstrafe.

Das Fahren ohne Fahrschein ist ein Armutsdelikt

Wer also Geld hat, aber keinen Fahrschein, der kann sich freikaufen. Wer kein Geld hat, der kann sich weder den Fahrschein leisten noch das erhöhte Beförderungsentgelt, noch die ausgesprochene Geldstrafe. Fahren ohne Fahrschein ist daher ein Armutsdelikt. Ein Großteil der Betroffenen ist arm, leidet an psychischen und sozialen Krisen. Die meisten, die eine Ersatzfreiheitsstrafe wegen Fahren ohne Fahrschein absitzen, sind arbeitslos. Jede*r Dritte ist suchtkrank und mehr als ein Achtel ist obdachlos. Die Betroffenen

sind mit dem erhöhten Beförderungsentgelt, dass sie unabhängig vom Strafantrag auch zahlen müssen, sowie ihrer oftmals prekären Lage gestraft genug. Die Haftstrafen sind für sie eine Katastrophe.

Gleichzeitig kostet die Strafverfolgung und Unterbringung Millionen an Steuergeldern. Die Justiz ist aufgrund der hohen Anzahl an Bagatelldelikten überlastet.

Derweil haben progressive Städte und Kommunen das Fahren ohne Fahrschein bereits selbst entkriminalisiert; Bremerhaven, Bremen, Münster, Düsseldorf, Köln, Mainz, Karlsruhe, Potsdam, Halle, Dresden und nun auch endlich Wiesbaden unter Mitwirkung der Linken.

Als Linksfraktion haben wir daher auch wieder den Antrag auf Unterlassung des Strafantrags durch die HEAG mobilo eingebracht. In den darauffolgenden Redebeiträgen haben uns sowohl die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als auch Volt zugestimmt. Und dann

aus Koalitionsrason doch mit der CDU gegen unseren Antrag und für die Strafverfolgung gestimmt. Die Koalition stellt sich damit erneut auf die Seite der Besserverdienenden. Wir wollen die Armut bekämpfen und nicht die Armen. Deshalb werden wir bei dem Thema nicht lockerlassen.

Maria Stockhaus
Stadtverordnete

INHALT

SEITE 2:

ÖKOGAS IST EINE „DRECKIGE LÜGE“!

AUS ZWEI MACH EINS?

SEITE 3:

UNSER HAUSHALT KRIEGT DIE KRISE

WACHSTUM BEGRENZEN – ABER BITTE SOZIALVERTRÄGLICH!

SEITE 4:

KITA-BETREUUNGSNOTSTAND UND KEIN ENDE ...

UND AUSSERDEM ...

Entega erkaufte sich den Begriff „Ökogas“, wie auch weitere 115 Versorger

Ökogas ist eine „dreckige Lüge“!



Die Entega verkauft seit vielen Jahren Erdgas unter dem Label „Ökogas“ an ihre Kund*innen. Sie hat dabei lange Zeit versprochen, dass dieses Gas durch sogenannte Kompensationen klimaneutral verbrannt werden kann. Diese vermeintliche Kompensation erkaufte sich die Entega mit CO₂-Zertifikaten. Dabei kaufte die Entega, wie so viele andere Energieversorger auch, angeblich eingespartes oder gebundenes CO₂ aus angeblichen Klimaschutzprojekten.

Am 16. April 2024 veröffentlichte das Recherche-Collectiv CORRECTIV einen Beitrag, in dem sie aufzeigten, dass die Entega und weitere 115 Energieversorger in den vergangenen 13 Jahren Erdgas angeboten haben, dass zu Unrecht und verbrauchertäuschend als klimafreundlich oder auch klimaneutral angepriesen wurde.

CORRECTIV hat sich 70 Kompensationsprojekte geprüft. Diese stehen für 10 Mio. CO₂-Gutschriften. Und sie kamen zu dem vernichtenden Urteil, dass die Gutschriften kein oder deutlich weniger CO₂ gebunden und ein-

gespart haben als dies versprochen wurde.

Sechs von sieben Kompensationsprojekten der Entega sind als nicht wirksam eingestuft worden. Damit gelten 1,5 Mio. Tonnen CO₂ als nicht gebunden. Das ist der -Austoß von ca. 136.000 Deut-



schen in einem Jahr; noch nicht ganz Darmstadt – aber fast.

Und nicht nur aufgrund der fehlenden echten CO₂-Reduktion muss der Zertifikathandel sowie die damit verbundenen angeblichen Kompensationen kritisch betrachtet werden.

Der Begriff „Ökogas“ sowie die angebliche Möglichkeit der Kom-

pensation vermitteln den Eindruck, dass ein Ende des fossilen Wirtschaftens nicht notwendig sei. Er sorgt auf diese Weise dafür, dass auch weiterhin Gasheizungen eingebaut werden und Erdgas importiert wird, statt in nachhaltige Energieformen wie Solarenergie zu investieren.

Vom Zertifikathandel selbst profitieren also die Energieversorger, die ihr „dreckiges“ Erdgas weiterverkaufen können, teilweise sogar zu höheren Preisen; denn ein gutes Gewissen darf ja etwas kosten. Auch die Betreiber der Ausgleichsprojekte und der TÜV, welche die Überprüfung der sogenannten Klimaschutzprojekte übernimmt, profitieren ganz klar. Der Kompensationsmarkt ist gegenwärtig gut 2 Milliarden Euro schwer.

Als Linksfraktion haben wir seit langem, wie auch viel andere Gruppen aus der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung das Produkt „Ökogas“ der Entega kritisiert.

Mit unserem Antrag forderten wir den Entfall der irreführenden Zahlen auf der Seite der Entega und den Wegfall des Begriffs „Ökogas“. Wir fordern von der Entega eine Rückzahlung an die Kund*innen in Höhe des für die Kompensationen einbehaltenen Betrags. Auch die Stadt Darmstadt selbst müsste demnach davon abgehen, „Ökogas“ in ihren Bilanzen als das bessere Erdgas zu verkaufen und alle bisherigen und künftigen CO₂-Bilanzen korrigieren.

Unseren Antrag haben wir mit einer Aktion vor der Stadtverordnetenversammlung begleitet und eine gleichzeitig erschienene Petition hatte innerhalb weniger Tage 10.000 Unterschriften gesammelt.

Aktuell prüft die Entega die Kompensationsprojekte, die ihrem „Ökogas“ zugrunde liegt. Auch ein Loslösen von internationalen Kompensationsprojekten und eine Hinwendung zu deutschen und europäischen Projekten wird erörtert. Auf den Namen „Ökogas“ und die damit verbundene Lüge gegenüber den Kund*innen will Entega weder jetzt noch in Zukunft verzichten.

Aus zwei mach eins?

Die Fusion der städtischen Kliniken und Elisabethenstift verzögert sich. Die Problematik einer solchen Fusion scheint nun doch bei allen angekommen zu sein.

Aber was sind die Probleme?

Auf der einen Seite haben wir mit den städtischen Kliniken ein Krankenhaus deren Beschäftigte eine betriebliche Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz haben. Es gibt eine Tarifbindung nach dem TVöD. Dies alles gibt es für die Beschäftigten des Elisabethenstifts nicht.

Dort kommt das kirchliche Arbeitsrecht, praktisch keine Mitbestimmung, keine tarifliche Bezahlung, zur Anwendung.

Aus unserer Sicht kann aber eine Fusion nur mit zufriedenen Mitarbeiter*innen gelingen. Eine Ungleichbehandlung würde dem entgegenwirken und ginge wohl auch zu Lasten der Patienten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass eine Fusion nur gelingen kann wenn alle Mitarbeiter*innen gleich behandelt werden.



Die betriebliche Mitbestimmung muss auf Dauer erhalten bleiben, Der TVöD muss für alle Beschäftigten der fusionierenden Krankenhäuser gelten, betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgeschlossen werden, das kirchliche Arbeitsrecht darf nicht zur Anwendung kommen.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann eine Fusion der beiden Häusern gelingen.

In den letzten Jahren wurden immer wieder Bettenkapazitäten in den Krankenhäuser abgebaut, als Grund wurden immer wieder die hohen Kosten genannt. Die Gesundheitsversorgung in den Kliniken wurden immer mehr zu einer Ware.

Die Gesundheitsversorgung darf nicht zur Ware werden. Weder in Darmstadt noch an anderen Orten.

Maria Stockhaus
Stadtverordnete

Karl-Heinz Böck
Stadtverordneter



Unser Haushalt kriegt die Krise

„Darmstadt steht vor einer der größten Herausforderungen seiner Geschichte“, schreibt der Oberbürgermeister den Stadtverordneten in einem Informationsbrief zur Haushaltslage. Im laufenden Jahr werden von den eigentlich geplanten Einnahmen 35 Mio. Euro fehlen, für die kommenden beiden Jahre befürchtet der Kämmerer jeweils 100 Mio. Euro an Ausfällen. Das ist tatsächlich eine katastrophale Prognose. Viele andere Städte und Kommunen und auch die Haushalte der Länder und des Bunds sind in einer ähnlichen Lage. Die Schuldenbremse sorgt dafür, dass die schlimmsten Auswirkungen nicht durch Kreditaufnahmen abgefedert werden können. Im Unterschied zum letzten derartigen Einbruch nach der Banken- und Wirtschaftskrise 2008 gibt es diesmal keinen einzelnen Auslö-

	Ergebnis 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	
Ordentliche Erträge	785.595.628	817.796.447	858.399.321	↗
Ordentliche Aufwendungen	771.375.698	854.361.611	897.083.184	↗
Verwaltungsergebnis	14.219.930	-36.565.164	-38.683.863	↘
Finanzerträge	5.999.862	26.972.930	28.820.910	↗
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.541.154	15.564.880	19.648.880	↗
Finanzergebnis	-4.541.293	11.408.050	9.172.030	↘
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	791.595.490	844.769.377	887.220.231	↗
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwend	781.916.852	869.926.491	916.732.064	↗
Ordentliches Ergebnis	9.678.638	-25.157.114	-29.511.833	↘

Ergebnishaushalt 2024
(Quelle: Wissenschaftsstadt Darmstadt, eigene Berechnung)

ser, sondern ein ganzes Bündel von Ursachen: die ungebremste geopolitische Eskalation und die Sanktionen führen zu Preiserhöhungen, die massive Aufrüstung bindet finanzielle Ressourcen,

die wir für Zukunftsinvestitionen bräuchten, das „Wachstumschengesetz“ bewirkt Steuerausfälle, und Personalmangel hemmt die wirtschaftliche Entwicklung. Anders als 2008 ist diesmal nicht

abzusehen, dass diese Ursachen bald überwunden sein werden, es scheint sogar als würden sie sich noch verschärfen. Ohne ein Ende der Aufrüstung und ohne eine andere Verteilungspolitik, die hohe Einkommen und Vermögen stärker heranziehen müsste, wird diesmal nicht nach zwei Jahren wieder Normalität in unserem städtischen Haushalt einkehren. In der Haushaltsdebatte im kommenden Frühjahr werden wir uns nicht darauf einlassen, zusammen mit der Koalition und dem OB den politisch verursachten Mangel zu verwalten. Wir werden auch über die Gründe für die Krise reden, und wir werden es uns zur Aufgabe machen, dass die zu befürchtende Kürzungsorgie nicht diejenigen trifft, die schon jetzt kaum Genug zum Leben haben.

Uli Franke
Stadtverordneter

Anmerkungen zur Wachstumskonferenz des OB / „Nein“ zu einem neuen Gewerbegebiet

Wachstum begrenzen – aber bitte sozialverträglich!

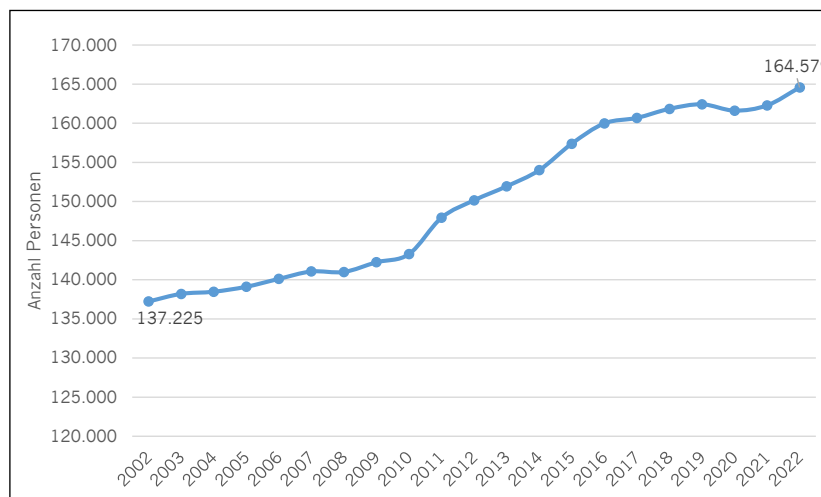
Die Debatte um das Wachstum unserer Stadt nimmt Fahrt auf. Denn die enorme Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen 20 Jahren geht auf Kosten der umliegenden Natur, der Stadtökologie und der Lebensqualität. Bisher konnten Baulücken und die ehemaligen Kasernen den Zuwachs aufnehmen, aber dieser Spielraum ist bald ausgeschöpft. Der OB hat Anfang Oktober zur einer „Wachstumskonferenz“ eingeladen. Dort ging es jedoch eher um das „Wie“ als um das „Ob“. Richtigerweise wurde festgestellt, dass in den nächsten Jahren viele Menschen in Rente gehen, die dann immer noch in Darmstadt leben, deren Arbeitsplätze aber von Jüngeren übernommen werden, die teilweise von außerhalb zuziehen. Auch ohne zusätzliche Gewerbeansiedlungen ergibt sich also ein Mehrbedarf an Wohnungen. Die Begrenzung des Wachstums durch eine Zurückhaltung beim Wohnungsbau, wie es der Oberbürgermeister im Sommer ins Gespräch gebracht hatte, fand

bei der Konferenz vernehmbaren Fürsprecher. Zu Recht! Denn eine Strategie der Wohnraumverknappung verdrängt die Haushalte mit geringem Einkommen in Randlagen oder ins Umland. Das wäre höchst unsozial. Merkwürdigerweise war es bei der Konferenz kein Thema, das Wachstum über das Angebot an Arbeitsplätzen zu regulieren. Das ist der Vorschlag der Linken. Wir wollen den Wachstumsdruck

durch eine zurückhaltende Gewerbeansiedlungs-Politik auf sozialverträgliche Weise verringern. Es ist bedauerlich, dass Überlegungen in diese Richtung in der Politik und in den Medien wenig Resonanz finden. Stattdessen soll nun ein Gewerbegebiet auf gutem Ackerland westlich der A5 entwickelt werden, das zur Gemarkung Weiterstadt gehört, sich aber im Eigentum der Stadt Darmstadt

befindet. Die Landwirte, die die Äcker bewirtschaften, haben diese Pläne bereits kritisiert: weitere Flächen würden versiegelt und die regionale Lebensmittelversorgung geschwächt. Wir fügen hinzu: es gäbe auch einen weiteren Zuzug von Arbeitskräften, der die Notlage auf dem Wohnungsmarkt verstärkt. Wir kritisieren die Absicht, ein Gewerbegebiet „auf der grünen Wiese“ bzw. Acker zu schaffen. Diese Arbeitsplätze können und sollen an anderen Orten geschaffen werden, die mit Unternehmensschließungen oder ähnlichen Strukturproblemen zu kämpfen haben. Wir plädieren insgesamt für eine bundesweite Strukturpolitik, die Kooperation statt Konkurrenz der Kommunen und eine gleichmäßigere Entwicklung innerhalb und zwischen den Regionen fördert. Mit dieser Haltung werden wir in die Debatte gehen, wenn in den städtischen Gremien Entscheidungen zu dem Gewerbegebiet anstehen.

Uli Franke
Stadtverordneter



Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt 2002-2022
(Quelle: Wissenschaftsstadt Darmstadt, eigene Berechnung)

Die stadtweite Reduzierung der maximalen Kita-Öffnungszeiten ist ein alarmierendes Signal

Betreuungsnotstand und kein Ende ...

Viele Kitas in Darmstadt arbeiten schon seit Monaten an der Belastungsgrenze. Fachkräftemangel und hoher Krankenstand lassen sich häufig nur durch Gruppenschließungen, tageweise reduzierte Öffnungszeiten und andere Einschränkungen abfangen. Die Kita-Kräfte arbeiten im Dauerkrisenmodus und Eltern laufen Sturm. Eine qualifizierte pädagogische Arbeit ist unter diesen Umständen in den Einrichtungen kaum leistbar.

Dass sich die Träger der Darmstädter Kitas gemeinsam mit der Stadt zu einer übergreifenden Reduzierung der maximalen Betreuungszeit von 50 auf 45 Stunden pro Woche verständigt haben, ist vor diesem Hintergrund ein wichtiges, aber auch alarmierendes Signal und nimmt zumindest aktuell Druck vom überlasteten Kita-System, ist aber für Eltern oft ein zusätzlicher organisatorischer Aufwand. Andererseits gewährleistet die kontinuierliche reduzierte Öffnungszeit eine verlässliche tägliche Betreuungszeit. Der Ärger, der sich nun öffentlichkeitswirksam in einzelnen Elternbriefen an die Stadt und das Jugendamt entlud, ist nur ein kleiner Eindruck des Elternunmuts, dem sich viele Kita-Leitungen regelmäßig ausgesetzt sehen. Dabei arbeiten Leitungen und Erzieher*innen vielfach längst am Limit. Schlimmer noch: Je größer der Druck und je angespannter die Personallage, desto

mehr schlägt dies in Stress und dauerhafte Überbelastung der Fachkräfte um und desto häufiger werden diese krank – ein Teufelskreis. Dies trägt wenig zur Attraktivität des Berufsstands der dringend gesuchten Erzieher*innen bei.

Dass sich Stadt und Freie Trägerschaft in Darmstadt solidarisch zeigen und mit der gemeinsam beschlossenen Reduzierung geschlossen vor ihre Einrichtungsleitungen stellen, ist ein Zeichen für ein funktionierendes Miteinander. Eine solche solidarische Herangehensweise ist auch unerlässlich, denn die Schwierigkeit der Lage übersteigt den Wirkungsbereich einzelner Einrichtungen und Träger bei weitem. Sollte es durch die reduzierten Öffnungszeiten gelingen, dass Erzieher*innen wieder mehr Zeit für pädagogische Arbeit haben (z.B. Elterngespräche, Beobachtungen, Projektarbeit), so wäre dies ein Zwischenschritt, um den Bildungsauftrag von Kitas gerecht zu werden.

Dazu ist es aber unumgänglich, dass die beschlossene Reduzierung zeitnah (Februar-März 2025) evaluiert wird, um auszuwerten, welche tatsächlichen Verbesserungen sie bezogen auf die Qualität der pädagogischen Arbeit und auf die Verlässlichkeit der Betreuung gebracht hat. Da bleiben wir dran!

Um dauerhaft mehr Fachkräfte für den Erziehungsberuf zu ge-

winnen, ist es u.a. von zentraler Bedeutung, dass eine qualifizierte Ausbildung in der Praxis gewährleistet wird. Auch hier könnte durch die geplante Stundenreduzierung eine Verbesserung erreicht werden. Dies muss ebenfalls evaluiert werden.

Insgesamt steckt die frühkindliche Kinderbetreuung in einer Krise, die die gesamte Gesellschaft betrifft. Denn wenn Eltern aufgrund von zu geringen Betreuungsangeboten nicht arbeiten können, fehlen diese Fachkräfte auch in anderen Branchen zusätzlich. Besonders belastet sind hierbei Frauen, denn angesichts der ungleich verteilten Care-Arbeit bleibt die Hauptbelastung bei den Müttern hängen – mit den entsprechenden Folgen für die berufliche und finanzielle Gleichberechtigung. Ganz zu schweigen von der prekären Situation vieler Alleinerziehender, die sich und ihre Kinder ohne ausreichende Betreuungsmöglichkeiten, die ihnen eine entsprechende Berufstätigkeit ermöglichen, von Armut bedroht sehen.

Zum anderen ist die institutionalisierte frühkindliche Betreuung und Bildung von Kindern eine wichtige Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe, auf die alle Kinder ein Recht haben.

Maria Späh
erweiterte Linksfraktion

Ann-Christin Sparn-Wolf
Stadtverordnete

Und außerdem ...

Kaum zu glauben: **Oberbürgermeister Hanno Benz opponierte gegen den Magistrat, weil er die Darmstädter Standards für den Sozialen Wohnungsbau zu großzügig fand.** Zwei Toiletten in einer großen Familienwohnung sind ihm zu viel, und auch auf Balkone sollen die armen Schlucker gefälligst verzichten. Wir haben den OB in der StaVo dafür scharf kritisiert und eine Neuauflage des Schlichtwohnungsbaus zur Unterbringung von einkommensschwachen Haushalten zurückgewiesen. Mit dem „Bürgerbudget“ wollte die Koalition mehr Bürgerbetei-

ligung schaffen. Dann verlor sie aber die Lust oder den Überblick und ließ das Projekt einfach einschlafen. Nicht einmal die Antragsteller wurden informiert, dass das Budget im Jahr 2022 gestoppt worden war. Wir konnten durch beharrliches Nachfragen erreichen, dass die Anträge aus 2022 noch bearbeitet wurden und bis 2025 ein überarbeitetes Konzept vorgelegt wird.

Ebenfalls lustlos zeigt sich die Stadt beim Lichtenbergblock. Nachdem sie erst öffentlichkeitswirksam versprach, den ersten verkehrsberuhigten Darmstäd-

ter Superblock im Martinsviertel schnell einzurichten, passiert jetzt nichts mehr. Dabei hat die Stadtregierung das eigentlich ambitionierte Projekt ohnehin schon auf nicht viel mehr als ein paar Schilder mit der Aufforderung vorsichtig und langsam zu fahren zusammengekürzt – selbst dafür soll jetzt kein Geld mehr da sein. Wir setzen uns weiterhin für ein verkehrsberuhigtes, lebenswertes Viertel mit bezahlbaren Mieten ein.

Tamara Hanstein
Stadtverordnete

DIE STADTVERORDNETEN



Karl-Heinz Böck



Maria Stockhaus



Uli Franke



Ann-Christin Sparn-Wolf



Tamara Hanstein

AUS DER ERWEITERTEN LINKSFAKTION



Maria Späh



Die Linke

Stadtverordneten-Fraktion Darmstadt

LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
Telefon: 0 6151 - 6 69 03 10
info@linksfraktion-darmstadt.de
www.linksfraktion-darmstadt.de
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

SPRECHSTUNDE

Vereinbarung eines Termins telefonisch oder per E-Mail.

FRAKTIONSSITZUNGEN

Die Termine unserer Sitzungen finden Sie auf unserer Homepage oder lassen sich per E-Mail erfragen.

Impressum

Diese Zeitung erscheint einmal jährlich mit 40.000 Exemplaren · Gestaltung: Büro Skoda, Darmstadt · Layout: Fred Kämmerer, kaemkomm.com · Druck: Ralf-Hellriegel-Verlag